

Russland/Inguschetien: Gefährdung Verwandter von Terrorverdächtigen (staatliche Verfolgung, Blutrache)

Schnellrecherche der SFH-Länderanalyse

Bern, 24. Mai 2018

Impressum

Herausgeberin
Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH
Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 370 75 75
Fax 031 370 75 00
E-Mail: info@fluechtlingshilfe.ch
Internet: www.fluechtlingshilfe.ch
Spendenkonto: PC 30-1085-7

Sprachversionen
Deutsch, Französisch

Copyright
© 2018 Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH, Bern
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	4
2	Staatliches Vorgehen gegen Terrorverdächtige	4
2.1	Gewalt im Nordkaukasus	4
2.2	Russische Anti-Terror- und Anti-Extremismus-Gesetzgebung	5
2.3	Keine unabhängige Justiz, Straflosigkeit der Sicherheitskräfte und Folter	6
2.3.1	Einsatz von Folter im Nordkaukasus	6
2.3.2	Fingierte Beweise und Einsatz von Folter in Inguschetien	6
2.3.3	Hohe Haftstrafen gegen Terrorverdächtige in Inguschetien	7
2.4	Anti-Terror-Operationen	7
2.4.1	Anti-Terror-Operationen im Nordkaukasus	8
2.4.2	Anti-Terror-Operationen in Inguschetien	8
3	Vorgehen gegen Verwandte von inguschetischen Terrorverdächtigen	8
3.1	In Inguschetien	8
3.2	Ausserhalb von Inguschetien in Russland	9
4	Blutrache gegen Verwandte von Terrorverdächtigen	10
5	Quellen	12

Dieser Bericht basiert auf Auskünften von Expertinnen und Experten und auf eigenen Recherchen. Entsprechend den COI-Standards verwendet die SFH öffentlich zugängliche Quellen. Lassen sich im zeitlich begrenzten Rahmen der Recherche keine Informationen finden, werden Expertinnen und Experten beigezogen. Die SFH dokumentiert ihre Quellen transparent und nachvollziehbar. Aus Gründen des Quellenschutzes können Kontaktpersonen anonymisiert werden.

1 Einleitung

Einer Anfrage an die SFH-Länderanalyse sind die folgenden Fragen entnommen:

1. Inwiefern ist eine Person gefährdet, die wegen Verwandtschaft zu einem radikal-islamistischen Terrorverdächtigen in Inguschetien zum Ziel der inguschetischen Behörden und des russischen Inlandgeheimdiensts *Federalnaja sluschba besopasnosti Rossijskoi Federazii* (FSB) wurde?
2. Gibt es Hinweise, dass Personen, die wegen Verwandtschaft zu einem radikal-islamistischen Terrorverdächtigen in Inguschetien zum Ziel der inguschetischen Behörden oder des FSB werden, in Russland auch ausserhalb der inguschetischen Republik gefährdet sind (z.B. in Moskau)?
3. Gibt es Hinweise, dass Personen, die Verwandte von radikal-islamistischen Terrorverdächtigen in Inguschetien sind, zum Opfer von Blutrache werden können? Inwiefern sind sie gefährdet? Sind sie auch ausserhalb der inguschetischen Republik gefährdet (z.B. in Moskau)?

Die Informationen beruhen auf einer zeitlich begrenzten Recherche (Schnellrecherche) in öffentlich zugänglichen Dokumenten, die der SFH derzeit zur Verfügung stehen, sowie auf den Informationen von sachkundigen Kontaktpersonen.

2 Staatliches Vorgehen gegen Terrorverdächtige

2.1 Gewalt im Nordkaukasus

Gewalt im Nordkaukasus. Das *US Department of State* (USDOS) berichtete im April 2018, dass die Gewalt in den Republiken des Nordkaukasus auch im Jahr 2017 anhielt. Diese setzt sich laut USDOS vor allem aus Aktivitäten von Dschihad-Bewegungen, interethnischen Konflikten, Blutrachen auf persönlicher und auf Klan-Ebene, sowie Exzessen der Sicherheitskräfte zusammen. Die *Jamestown Foundation* berichtete im März 2018, dass der Konflikt im Nordkaukasus sich seit 2014 verlangsamt und weniger Schlagzeilen gemacht habe. Trotzdem seien im Jahr 2017 weiterhin Angriffe von bewaffneten islamistischen Gruppierungen und Anti-Terror-Operationen durchgeführt worden. Die Zahl der daraus resultierenden Todesopfer unterscheidet sich aber stark zwischen den Republiken im Nordkaukasus. In Dagestan und Kabardino-Balkarien gab es im Jahr 2017 beispielsweise deutlich weniger Tote aufgrund der Zwischenfälle, wogegen Tschetschenien eine starke Zunahme verzeichnete. In einigen zuvor friedlicheren Regionen seien ebenfalls gewaltsame Zwischenfälle und Anti-Terror-Operationen zu verzeichnen.

2.2 Russische Anti-Terror- und Anti-Extremismus-Gesetzgebung

Weitreichende russische Anti-Terror- und Anti-Extremismus-Gesetze werden gegen friedliche Einzelpersonen, Organisationen und Anhänger_innen bestimmter Glaubensrichtungen eingesetzt. Das *US Department of State* hält in seinem Bericht zu Terrorismus vom 19. Juli 2017 fest, dass Russland über umfassende Anti-Terror-Gesetze im Rahmen des Strafgesetzes und weiterer verschiedener Bundesgesetze verfügt. Die Anti-Extremismus-Gesetze werden laut derselben Quelle jedoch genutzt, um gegen friedliche Einzelpersonen und Organisationen vorzugehen (USDOS, 2017). Nach Einschätzung der *US Commission on International Religious Freedom* (USCIRF, 2018) geben vage und problematische Definitionen von «Extremismus» in russischen Gesetzen den russischen Behörden die Möglichkeit, gegen Anhänger_innen bestimmter Glaubensrichtungen vorzugehen. Die Hauptziele der russischen Anti-Extremismus-Politik waren laut USCIRF typischerweise Muslim_innen. Im Bericht des USCIRF aus dem Jahr 2017 wird darauf hingewiesen, dass unschuldige Muslim_innen des «Terrorismus» und «Extremismus» beschuldigt und strafverfolgt werden.

Verschärfung der Gesetzgebung, um religiös Andersdenkende zu unterdrücken. Nach Einschätzung von USCIRF (2018) sei seit 2012 eine klare Tendenz sichtbar, dass die russische Gesetzgebung dahingehend verändert wird, dass religiös Andersdenkende unterdrückt werden. Russische Bürgerrechts- und Menschenrechtsorganisationen sowie zahlreiche internationale Institutionen hätten Bedenken geäußert über die Inkonsistenz der russischen Gesetze mit dem Geist einer demokratischen Gesetzgebung und die Konsequenzen ihrer Anwendung kritisiert.

Radio Free Europe berichtete im Dezember 2017, dass die Strafen für Rekrutierung und Finanzierung von Extremist_innen sowie für die «Verbreitung von Terrorpropaganda» verschärft wurden. Neu seien lebenslange Haftstrafen für Rekrutierung und Finanzierung von Extremist_innen möglich. Die offizielle Webseite des russischen Präsidenten (*President of Russia*, 2017) führt zu diesen Verschärfungen aus, dass eine Person, die eine andere Person beeinflusst, rekrutiert oder anderweitig dazu bringt, eine terroristische Tat zu vollbringen, mit bis zu 15 Jahren Haft bestraft werden kann. Wenn die Person in einem offiziellen Amt tätig ist, kann eine lebenslängliche Strafe verhängt werden. Für die Finanzierung, Beeinflussung, Rekrutierung oder Überredung einer Person zu einer «internationalen Terroraktivität» kann laut derselben Quelle eine Person zu 20 Jahren Haft verurteilt werden. Laut verschiedenen Quellen (E-Mail-Auskunft einer *Kontaktperson* vom 21. Mai 2018; Memorial, 2017) kann die Förderung von oder die Teilnahme an Aktivitäten von «terroristischen» Organisationen Verurteilungen zu langen bis zu lebenslänglichen Haftstrafen nach sich ziehen.

Im Jahr 2016 wurde die Anti-Terror- und Anti-Extremismus-Gesetzgebung verschärft, und den Behörden wurden dadurch noch weiter gehende Kompetenzen gewährt (USDOS, 2017). Telekommunikationsfirmen müssen neu alle elektronischen Daten und alle Telekommunikations-Daten inklusive Telefonanrufe, Textnachrichten, Bilder und Videos für sechs Monate speichern und Sicherheitsdiensten auf Anfrage zur Verfügung stellen (USDOS, 2018). Zudem wird neu bestraft, wer eine mit «Terrorismus» in Zusammenhang stehende Straftat nicht meldet und wer «Terrorismus» in sozialen Medien rechtfertigt (USDOS, 2017).

USCIRF (2018) weist darauf hin, dass die Anti-Terror-Gesetzgebung um Artikel 282.1 und 282.2 bereits 2014 ergänzt wurde. Seither können Personen mit bis zu sechs Jahren Gefängnis bestraft werden, wenn sie andere Personen für die Aktivitäten einer extremistischen Organisation oder Gemeinschaft rekrutieren, dazu «verleiten» (*induce*) oder anders darin involvieren («*inducing, recruiting or otherwise involving a person in the activities of an extremist organization or community*»). Nach Einschätzung des USCIRF (2018) werden durch diese sehr weit gefassten Begriffe auch Personen kriminalisiert, welche selber nicht zu solchen Organisationen oder Gemeinschaften gehören. So sei laut USCIRF (2018) nicht klar, was als «Verleitung zu einer Teilnahme» («*induce to participate*») gelten soll, wenn eine Person gar nicht Mitglied einer solchen Organisation oder Gemeinschaft sei.

2.3 Keine unabhängige Justiz, Straflosigkeit der Sicherheitskräfte und Folter

Russische Justiz nicht unabhängig, politische Verfahren wegen «Terrorismus» und «Extremismus». USDOS (2018) weist darauf hin, dass das gesetzlich gegebene Recht auf ein faires und öffentliches Verfahren beeinträchtigt wird, da die Exekutive die Justiz beeinflusst und es Korruption innerhalb der Justizbehörden gibt. Weiter würden die Rechte der Angeklagten nicht immer respektiert, und es gebe glaubwürdige Berichte, dass Personen wegen politischer Gründe inhaftiert und strafverfolgt werden. Oft würde diesen Personen Terrorismus, Extremismus, Separatismus und Spionage vorgeworfen. Die Betroffenen würden besonders strengen Haftbedingungen und Strafmassnahmen unterworfen, wie zum Beispiel Isolationshaft oder Zwangsaufenthalte in psychiatrischen Abteilungen.

Willkürliche Verhaftungen und Straflosigkeit der Sicherheitskräfte. Russische Behörden führen laut USDOS (2018) im ganzen Land willkürliche Verhaftungen und Inhaftierungen durch und müssen dafür keine Bestrafung befürchten. Missbräuchliche Praktiken der Strafverfolgungsbehörden würden in der Regel nicht durch die Regierung untersucht und Straflosigkeit für solche Praktiken sei weit verbreitet.

Fingierte Beweise. Nach Angaben von USCIRF (2017) werden in Russland unschuldige Muslim_innen mit fingierten Tatvorwürfen wegen Terrorismus und Extremismus strafverfolgt.

2.3.1 Einsatz von Folter im Nordkaukasus

Folter in Haft gegen Mitglieder von bewaffneten Gruppierungen und Zivilist_innen USDOS (2018) gibt an, dass Militär- und Polizeikräfte im Nordkaukasus Berichten zufolge sowohl Mitglieder von bewaffneten Gruppierungen als auch Zivilist_innen in Haftanlagen misshandeln und foltern.

2.3.2 Fingierte Beweise und Einsatz von Folter in Inguschetien

Fingierte Beweise. Verschiedene Quellen deuten darauf hin, dass die Strafverfolgungsbehörden auch in Inguschetien teilweise Beweise gegen Beschuldigte fingieren (*Caucasian Knot*, Dezember 2017a und Juli 2016).

Folter und physische Gewalt in Inguschetien. Zahlreiche Quellen weisen darauf hin, dass Sicherheitskräfte in Inguschetien aktuell und während der letzten Jahre Personen mit mutmasslichen Verbindungen zu bewaffneten Gruppierungen sowie weitere Personen in Haft foltern (E-Mail-Auskunft einer zu *bewaffneten Konflikten im Nordkaukasus forschenden Kontaktperson* vom 20. Mai 2018; *Caucasian Knot*, Mai 2018, Februar 2018, Dezember 2017a, August 2017, Juli 2016; *Open Democracy Russia*, 2017; RFE/RL, März 2017). Zudem gibt es zahlreiche Hinweise, dass Beschuldigte unter Einsatz von Folter zu Geständnissen gezwungen werden (Angaben durch eine für eine renommierte russische Menschenrechtsorganisation tätige Kontaktperson A¹ vom 25. April 2018; *Caucasian Knot*, Februar 2018, August 2017, Juli 2016). In einem in den Medien Aufmerksamkeit erregenden Fall wurden im Mai 2018 sieben Mitarbeitende des sogenannten «Centre E» (*Ingushetia's Centre for Combating Extremism*), einer berüchtigten inguschetischen Anti-Terror-Hafteinrichtung wegen Mord und mehrfacher Folter verurteilt (*Caucasian Knot*, Mai 2018). Nach Angaben eines durch *Open Democracy Russia* (2017) interviewten Menschenrechtsaktivisten zeigt der Fall einerseits, dass inguschetische Behörden seit Jahren straflos foltern und dies nicht ohne das Wissen und den Schutz der regionalen Führung geschehen konnte. Andererseits sei die Strafverfolgung der Folterer im genannten Fall nur sehr selektiv: So sei zum Beispiel der bei Folterungen auch anwesende Alisher Borotov, damaliger *Republic's Deputy Head of Police*, nicht angeklagt worden. Stattdessen sei er zum *Acting Chief of Police* in Inguschetien und damit zum Stellvertreter (*Deputy*) des inguschetischen Innenministers Dmitry Kava befördert worden. Laut der E-Mail-Auskunft einer zu *bewaffneten Konflikten im Nordkaukasus forschenden Kontaktperson* vom 20. Mai 2018 gegenüber der SFH werden auch nach den erfolgten Verurteilungen von staatlichen Folterern in diesem Fall weiterhin Personen in Inguschetien gefoltert.

2.3.3 Hohe Haftstrafen gegen Terrorverdächtige in Inguschetien

Hohe Gefängnisstrafen für mutmassliche Mitglieder und Unterstützende islamistischer bewaffneter Gruppierungen in Inguschetien. Mehrere Artikel von *Caucasian Knot* (Februar 2018; August 2017) deuten darauf hin, dass mutmasslichen Mitgliedern und Unterstützenden bewaffneter oppositioneller Gruppierungen in Inguschetien Verurteilungen zu hohen Gefängnisstrafen drohen können. Im Februar 2018 wurden neun inguschetische Personen wegen Unterstützung oder Mitgliedschaft in einer «*Ordjonikidze Jamaat*» genannten Gruppierung mit bis zu 19 Jahren Gefängnis verurteilt. *Caucasian Knot* (August 2017) berichtet von einem weiteren Fall, in welchem sieben inguschetische Personen wegen Verbindungen zum «bewaffneten Untergrund» zu langen Haftstrafen mit bis zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt wurden.

2.4 Anti-Terror-Operationen

FSB und Innenministerium für Anti-Terror-Aktivitäten verantwortlich. Nach Angaben des USDOS (2018, 2017) ist der Inlandgeheimdienst FSB (*Federalnaja sluscha besopasnosti Rossijskoi Federazii*) hauptverantwortlich für die Aktivitäten gegen inländischen Terrorismus. Daneben spielen auch das Innenministerium (MVD) sowie die im Jahr 2016 neu aus Truppen des Innenministeriums geschaffene Nationalgarde für die Anti-Terror-Aktivitäten eine Rolle (USDOS, 2017).

¹ Kontaktperson A, B und C wurden von einer Kontaktperson der SFH im April und Mai 2018 per E-Mail oder mittels eines sogenannten *Instant-Messaging-Diensts* befragt.

Russischer Präsident spricht sich für Tötung von Extremist_innen aus. Der russische Präsident Putin sprach sich im Dezember 2017 öffentlich dafür aus, dass Extremist_innen in Russland bei bestehender Gefahr für Polizeikräfte «umgehend getötet» werden sollen (RFE/RL, Dezember 2017; *Russia Today*, 2017).

2.4.1 Anti-Terror-Operationen im Nordkaukasus

Anti-Terror-Operationen, Berichte von wahlloser Gewalt, verschwundenen Personen, Straflosigkeit. Der Konflikt im Nordkaukasus führt laut USDOS (2018) zu zahlreichen Menschenrechtsverletzungen. Dazu gehören Tötungen, Folter, physischer Missbrauch, politisch motivierte Entführungen und ein allgemeiner Zerfall der Rechtsstaatlichkeit. Mit Bezug auf die Anti-Terror-Operationen im Nordkaukasus verweist das USDOS (2018) auf Berichte, dass die staatlichen Sicherheitskräfte weiterhin wahllos Gewalt anwendeten, was zu zahlreichen Toten und verschwundenen Personen führe. Die Behörden führen gegen die Täter laut USDOS keine Strafuntersuchungen durch.

2.4.2 Anti-Terror-Operationen in Inguschetien

Zunahme an gewaltsamen Zwischenfällen und Anti-Terror-Operationen in Inguschetien im Jahr 2017. In Inguschetien war 2017 laut *Jamestown Foundation* (2018) im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme der Todesopfer um 26 Prozent zu verzeichnen, und die zehn dokumentierten gewalttätigen Zwischenfälle stellen eine Verdoppelung der Zahl aus dem Jahr 2016 dar. In einem Artikel im *Central Asia-Caucasia Analyst* (CACI) vom Oktober 2017 wird ebenfalls darauf hingewiesen, dass im Jahr 2017 die bewaffneten Aktivitäten sowie Anti-Terror-Operationen in Inguschetien zugenommen haben. Dies, nachdem zuvor während sieben Jahren eine Abnahme an Zwischenfällen beobachtet wurde. Zwar habe der inguschetische Präsident Yunus-Bek Evkurov im April 2018 die «Eliminierung der Brutstätten des Extremismus» in Inguschetien verkündet, jedoch wird dies von *Caucasian Knot* angesichts der Zahl der Todesopfer und Zwischenfälle im Jahr 2017 angezweifelt (*Caucasian Knot*, April 2018).

Tötungen bei Anti-Terror-Operationen in Inguschetien. Verschiedene Quellen (*Jamestown Foundation*, 2018; *Rossija 24*, 2018; CACI, 2017; RFE/RL, März 2017) weisen darauf hin, dass auch aktuell bei Anti-Terror-Operationen in Inguschetien Terrorverdächtige durch Sicherheitskräfte getötet werden.

3 Vorgehen gegen Verwandte von inguschetischen Terrorverdächtigen

3.1 In Inguschetien

Vorgehen der Behörden gegen Verwandte von Terrorverdächtigen in Inguschetien. Nach Angaben verschiedener Quellen (Angaben einer für eine renommierte russische Menschenrechtsorganisation tätige Kontaktperson A vom 25. April 2018; Angaben einer in Russ-

land im investigativen Medienbereich tätigen Kontaktperson C vom 12. Mai 2018) besteht für eine Person, deren Angehörige oder Verwandte an Aktivitäten illegaler bewaffneter Gruppen teilgenommen haben, ein hohes Risiko, in Inguschetien in den Fokus des russischen Innenministeriums (MWD) und des Inlandgeheimdiensts FSB zu geraten. Dies könne nach Angaben beider Kontaktpersonen zur Folge haben, dass die Verwandten verhaftet und strafverfolgt werden. Nach Einschätzung der *Kontaktperson A* könne es besonders gefährlich sein, wenn die inguschetischen Behörden den Wohnort der betroffenen Verwandten erfahren. Die Behörden könnten Geständnisse der Verwandten durch Folter erzwingen, in welchen die Gefolterten beispielsweise die Unterstützung einer terrorverdächtigen Person zugeben. Eine solche Unterstützung ist laut *Kontaktperson A* bereits ein Straftatbestand.

Laut der E-Mail-Auskunft einer *zu bewaffneten Konflikten im Nordkaukasus forschenden Kontaktperson* vom 20. Mai 2018 gibt es Belege, dass die inguschetischen Behörden bereits Verwandte von mutmasslichen Mitgliedern islamistischer bewaffneter Gruppierungen strafverfolgt hätten. Darunter seien auch Familien von Personen gewesen, welche sich dem selbst erklärten «Islamischen Staat» angeschlossen hatten und ins Ausland gereist seien. Nach Einschätzung der *zu bewaffneten Konflikten im Nordkaukasus forschenden Kontaktperson* kommt es auf den Einzelfall an, ob Familienmitglieder zum Ziel der Behörden werden. Einige Familienmitglieder würden bei den Behörden grösseren Verdacht wecken, während andere weniger in den Fokus gerieten. Die Kontaktperson hat zudem Kenntnis, dass die Behörden gegen mehrere weibliche Familienmitglieder von Mitgliedern des selbst erklärten «Islamischen Staats», die vor Kurzem aus dem Nahen Osten nach Inguschetien zurückgekehrt waren, ermittelten. In einigen solchen Fällen aus dem Jahr 2017 seien weibliche Verwandte auch verurteilt worden. Laut Einschätzung vom 23. April 2018 der *Kontaktperson B*, die für eine russische, auf den Nordkaukasus fokussierende Menschenrechtsorganisation tätig ist, ist jedoch nur aufgrund der Verwandtschaft zu einer terrorverdächtigen Person alleine keine Strafverfolgung durch inguschetische Behörden oder den FSB zu erwarten.

Zahlreiche Fälle von Reflexverfolgung in Tschetschenien. In der Nachbarrepublik Tschetschenien gebe es dagegen laut *Kontaktperson B* aber zahlreiche Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit, wonach Personen nur aufgrund der Verwandtschaft strafverfolgt und bedroht wurden. Oft seien dort aber vor allem Verwandte in den Fokus der Behörden geraten, welche versuchten, Untersuchungen über das Vorgehen der Behörden gegen das terrorverdächtige Familienmitglied anzustrengen.

3.2 Ausserhalb von Inguschetien in Russland

Einschätzungen zum Risiko der Verhaftung und Strafverfolgung. Zum Risiko einer Strafverfolgung aufgrund der Verwandtschaft gibt es unterschiedliche Einschätzungen: Während zwei Kontaktpersonen davon ausgehen, dass für Verwandte von Terrorverdächtigen ein hohes Risiko besteht, verhaftet und strafverfolgt zu werden, gibt eine dritte Kontaktperson an, dass die Verwandtschaft alleine in der Regel nicht für eine Strafverfolgung ausreicht: Nach Angaben vom 25. April 2018 von *einer für eine renommierte russische Menschenrechtsorganisation tätigen Kontaktperson A* haben russische Behörden auch bei einem Wohnortswechsel einer Person innerhalb Russlands Kenntnis, wenn deren Angehörige oder Verwandte bei einer illegalen bewaffneten Gruppierung tätig sind oder dessen verdächtig werden. Solche Informationen erhalten die Behörden, sobald sich eine Person an einem neuen Wohnort registriert. Ohne diese Registrierung könne man nicht offiziell arbeiten, studieren, erhalte keine medizinische Hilfe und keine neuen amtlichen Dokumente.

Deshalb bestehe für die betroffene Person mit entsprechenden Angehörigen auch bei einem Wohnortwechsel ein hohes Risiko, durch die russischen Behörden (MWD, FSB) verhaftet zu werden. Nach der am 25. April 2018 gemachten Einschätzung der *für eine renommierte russische Menschenrechtsorganisation tätigen Kontaktperson A* gehen sowohl die inguschetische Polizei als auch der FSB gegen Betroffene in anderen Regionen der Russischen Föderation vor. Verwandte gehören laut der *Kontaktperson A* zu einer besonders gefährdeten Gruppe. Laut der *in Russland im investigativen Medienbereich tätigen Kontaktperson C* (12. Mai 2018) besteht für Verwandte von Terrorverdächtigen in jeder Region Russlands ein hohes Risiko, zum Ziel von Verhaftung und Strafverfolgung durch das MWD und den FSB zu werden. Laut Einschätzung der *Kontaktperson B, die für eine russische, auf den Nordkaukasus fokussierende Menschenrechtsorganisation tätig ist*, sollte es aber neben den familiären Beziehungen in der Regel Beweise dafür geben, dass diese selbst eine illegale bewaffnete Gruppe unterstützt hätten. Die Verwandtschaft zu einer terrorverdächtigen Person alleine genüge laut Einschätzung der *Kontaktperson B* in der Regel nicht, um strafverfolgt zu werden.

Fall aus Tschetschenien, in welchem Verwandte ausserhalb der Republik verfolgt wurden. Nach Angaben vom 23. April 2018 von einer weiteren *Kontaktperson B, die für eine russische, auf den Nordkaukasus fokussierende Menschenrechtsorganisation tätig ist*, sei ihr ein Fall bekannt, in welchem Verwandte eines Terrorverdächtigen aus Tschetschenien in anderen Regionen Russlands verfolgt wurden. Die Verwandten des mutmasslichen «Terroristen», die strafrechtlich verfolgt wurden, hätten die Organisation der *Kontaktperson B* kontaktiert. Die Verwandten stammten ebenfalls aus Tschetschenien. Die Verfolgung wurde in jenem Fall nicht nur mit der Tatsache begründet, dass die betroffenen Personen Angehörige des Terrorverdächtigen sind, sondern auch damit, dass sie eine aktive Rolle bei der Untersuchung des ungeklärten Todes des Terrorverdächtigen einnahmen.

4 Blutrache gegen Verwandte von Terrorverdächtigen

Tradition der Blutrache in Inguschetien und Tschetschenien. Blutrache ist laut *Caucasian Knot* (Dezember 2017b) ein Brauch, der sich als universelles Mittel der sozialen Systeme der Klans zur Verteidigung von Ehre, Würde und Eigentum eines Klans entwickelt hat. Dieser Brauch impliziere, dass Personen am Täter oder dessen Verwandten Rache für die Tötung eines ihrer eigenen Verwandten üben. Unter den Nationen der sogenannten «*Vainakh*» (Inguschet_innen und Tschetschen_innen) sei der Brauch der Blutrache durch gewisse traditionelle Regeln (die sogenannten «*Adats*») festgelegt. Die Blutrache hat keine zeitliche Begrenzung. In einigen Fällen sei eine Blutrache erst nach 50 oder 100 Jahren verübt worden. Dennoch ist laut *Caucasian Knot* (Dezember 2017b) die Ansicht verbreitet, dass Blutrache besser schnell verübt werden sollte.

Wandel bei der Ausübung der Blutrache zu einer Art «Lynchjustiz». Laut den Angaben von *Johanna Nichols, Professorin für Slawistik und Expertin zum Kaukasus*, gegenüber ACCORD (Oktober 2010) wird eine Blutrache traditionell nicht von der geschädigten Einzelperson, sondern vom geschädigten Klan und insbesondere dessen Ältesten ausgesprochen. Früher hätte die Existenz von Familien und Klans mit der Bereitschaft, Blutrache auszuüben, als Abschreckungsmittel gegen Gewalt gewirkt. Heute funktioniere dies nicht mehr. So sei es vorstellbar, dass Blutrache nun auch von geschädigten oder gekränkten Einzel-

personen ohne Beratung durch Älteste ausgeführt werden könne. *Dr. Jan Köhler vom Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin und Autor mehrerer Publikationen über die Kaukasus-Region* gab gegenüber ACCORD (Oktober 2010) an, dass es für den Entscheid zu einer Blutrache keine Beweisführung in engerem Sinne gebe. Entscheidend sei der entstandene Schaden und nicht die Absicht der verursachenden Person. Der Schaden müsse allerdings dem rachefähigen Segment eines anderen Klans (sogenannte «*Teips*») zugeordnet werden können. Dafür seien Sachbeweise weniger wichtig als Zeugen oder Schwüre verbunden mit Selbstverfluchungen im Falle einer Falschaussage. Grundsätzlich sei zu berücksichtigen, dass das Regelwerk der Blutrache immer wieder verändert wurde (ACCORD, Oktober 2010). Nach Angaben von *Naima Neflyasheva, Forscherin zum Kaukasus*, hat sich die Blutrache im Verlaufe der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts von einer Tradition mit Logik und Selbstregulierung zu einer Art «Lynchjustiz» gewandelt (*Caucasian Knot*, Dezember 2017b).

Verbreitung der Blutrache in Nordkaukasus Nach Angaben von USDOS (2018) sind im Nordkaukasus Blutrachen auf persönlicher und auf Klan-Ebene verantwortlich für einen Teil der verübten Gewalt. Ein Artikel des *Caucasian Knot* (Dezember 2017b) weist darauf hin, dass Blutrache auch aktuell im Nordkaukasus als sozialer Mechanismus eingesetzt wird und nach einer Zeit der Repression des Brauchs zu Zeiten der Sowjetunion wieder vermehrt auftritt.

Verbreitung der Blutrache in Inguschetien. Verschiedene Quellen (*Caucasian Knot*, Januar 2018; Dezember 2017b; September 2017) weisen darauf hin, dass Blutrache auch aktuell in Inguschetien verübt wird.

Gefährdung inguschetischer Verwandter von Terrorverdächtigen aufgrund von Blutrache innerhalb Inguschetiens und in allen Teilen Russlands. Laut verschiedenen Quellen (Angaben einer für eine renommierte russische Menschenrechtsorganisation tätige Kontaktperson A vom 25. April 2018; Angaben einer in Russland im investigativen Medienbereich tätigen Kontaktperson C vom 12. Mai 2018) besteht für inguschetische Verwandte von Terrorverdächtigen sowohl in Inguschetien als auch in anderen Regionen Russlands eine begründete Furcht, zum Opfer einer zukünftigen Blutrache zu werden. Dies könne beispielsweise der Fall sein, wenn die terrorverdächtige Person eine Person getötet habe und die Verwandten der getöteten Person deswegen eine Blutrache anstreben. Verwandte von Terrorverdächtigen sind laut dieser Quellen aufgrund von Blutrache in Todesgefahr. Laut eines Artikels des *Caucasian Knot* (Dezember 2017b) hat der inguschetische Präsident *Yunus-Bek Evkurovin* in einem Interview mit *Caucasian Knot* erwähnt, dass ihm Fälle von Blutrache gegen Verwandte von Mitgliedern des «bewaffneten Untergrunds» bekannt seien. Artikel des *Caucasian Knot* vom Januar 2018 und September 2017 zeigen auf, dass in Inguschetien auch aktuell das Risiko einer Blutrache bestehen kann. So wurde am 15. Januar 2018 eine inguschetische Person in Plievo getötet. Die Tat könne nach Angaben der Sicherheitskräfte aufgrund einer Blutrache durch Verwandte eines getöteten Polizisten verübt worden sein. Das Mordopfer habe an einer bewaffneten Auseinandersetzung im Juli 2016 teilgenommen, bei welcher der Polizist getötet wurde (*Caucasian Knot*, Januar 2018). In einem anderen Fall vom September 2017 hätten unbekannte Personen ein Privathaus beschossen. Der in dem Haus wohnende Vater eines in einer Anti-Terror-Operation getöteten Anführers einer islamistischen bewaffneten Gruppierung in Malgobek blieb unverletzt. Das Innenministerium gab laut dem Artikel von *Caucasian Knot* (September 2017) an, dass die Tat aufgrund einer Blutrache erfolgt sei.

Gefährdung hängt von Einzelfall ab. Kontaktperson B, die für eine russische, auf den Nordkaukasus fokussierende Menschenrechtsorganisation tätig ist, gab am 23. April 2018 mit Bezug auf Angaben von Menschenrechtsaktivisten in Inguschetien gegenüber der SFH an, dass zur Beurteilung des Risikos einer Blutrache genaue Informationen zum Einzelfall nötig sind. So müsse dazu bekannt sein, wer gestorben sei und welchen Einfluss der Klan («Teip» oder «Taipa») der getöteten Person habe.

Schutz vor Blutrache in Inguschetien. Laut Einschätzung verschiedener Quellen (Angaben durch eine für eine renommierte russische Menschenrechtsorganisation tätige Kontaktperson A vom 25. April 2018; Angaben einer in Russland im investigativen Medienbereich tätigen Kontaktperson C vom 12. Mai 2018) können die Behörden in Inguschetien von Blutrache bedrohte inguschetische Verwandte von Terrorverdächtigen nicht genügend schützen. Zwar gebe es in Inguschetien sogenannte Versöhnungskommissionen, die in Blutrache eskalierende Konflikte lösen sollen (*Caucasian Knot*, 2017b). Dennoch scheint es aber trotz der Existenz dieser Kommissionen weiterhin zur Ausübung von Blutrache zu kommen (*Caucasian Knot*, Januar 2018, Dezember 2017b, September 2017). In einem länger zurückliegenden Bericht von ACCORD (Juli 2010) wird der inguschetische Präsident dahingehend zitiert, dass die Tradition der Blutrache zwar dem Gesetz widerspreche, aber der Zeitpunkt noch nicht gekommen sei, dieser mit gesetzlichen Mitteln Einhalt zu gebieten, da der Brauch für die Region einen stabilisierenden Faktor darstellen könne.

Schutz gegen Blutrache in Russland ausserhalb von Inguschetien. Nach Angaben verschiedener Quellen (Angaben durch eine für eine renommierte russische Menschenrechtsorganisation tätige Kontaktperson A vom 25. April 2018; Angaben einer in Russland im investigativen Medienbereich tätigen Kontaktperson C vom 12. Mai 2018) können die russischen Behörden von Blutrache bedrohte inguschetische Verwandte von Terrorverdächtigen auch in anderen Teilen Russlands ausserhalb von Inguschetien nicht genügend schützen.

5 Quellen

ACCORD, Oktober 2010:

«Tschetschenien / Inguschetien / Dagestan: Ist es zum Ausspruch der Blutrache notwendig, dass den Verursacher des Todes einer Person daran auch ein nachweisbares Verschulden trifft?»

In einer Email-Auskunft vom 18. Oktober 2010 schreibt Dr. Jan Köhler vom Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin und Autor mehrerer Publikationen über die Kaukasus-Region Folgendes zu den Regeln der Blutrache: „[M]eine Arbeiten über Blutrache im Kaukasus datieren zurück in die 1990er Jahre. Ich habe hauptsächlich über Blutrache in Georgien, genau[er] in Svanetien und Khevsuretien gearbeitet. Die Regeln in Khevsuretien waren dabei traditionell kompatibel mit den Regeln im angrenzenden vainakhischen (chechenischen) Siedlungsgebiet.

Meine kurze Einschätzung zu Ihrer Frage unter oben genannten Vorbehalten ist folgende: Eine Beweisführung im engeren Sinne gibt es nicht. Entscheidend ist der Schaden, der entstanden ist, nicht die Absicht und nicht einmal das Individuum, das den Schaden verursacht hat. Der Schaden muss allerdings dem rachefähigen Segment eines an-

deren Clans zugeordnet werden können. Dafür sind Sachbeweise weniger wichtig als Zeugen oder Schwüre verbunden mit Selbstverfluchungen im Falle der Falschaussage. Möglich ist auch der Stellvertreterschwur (wenn die verdächtige Person als ungläubwürdig oder unehrenhaft gilt, kann eine geachtete verwandte Person aus der Vaterlinie von der geschädigten Partei stellvertretend zum Schwur aufgefordert werden). Grundsätzlich ist immer zu berücksichtigen, dass das Regelwerk der Blutrache immer wieder verändert wurde – gerade auch in den letzten 20 Jahren – und die Politik oder Praxis der Blutrache sich von den normativen Regeln mitunter erheblich unterscheidet.(...)

In einer Email-Auskunft vom 21. Oktober 2010 von Johanna Nichols, Professorin für Slawistik und Expertin zum Kaukasus der University of California, Berkeley, wird erklärt, dass eine Blutfehde traditionell nicht von der geschädigten Einzelperson, sondern von dem geschädigten Klan und insbesondere dessen Ältesten ausgesprochen werde. Dabei würden Beweise eine Rolle spielen. Sicherlich könnten jedoch auch gekränkte Einzelpersonen Rache ausüben und würden dies wohl auch schon getan haben, und dabei die Ältesten eines Klans beeinflussen können. Im Prinzip sei es jedoch so, dass die Ausführung von Rache durch eine Einzelperson, ohne die Überlegungen der Ältesten, bisher nicht Rache sondern einen Mord dargestellt hätte, der die andere Familie zu Rachehandlungen berechtigt hätte (wohingegen eine regulierte Blutrache wie eine Todesstrafe gewesen wäre und die Angelegenheit beendet hätte, ohne dass es zu weiteren Vergeltungshandlungen komme. Prof. Nichols sei berichtet worden, dass bestimmte Beleidigungen derart erniedrigend für die betroffene Person und ihre Familie bzw. Klan seien, dass sie das „Ziehen des Messers an Ort und Stelle“ zur Folge gehabt hätten, was stets bedeutet habe, dass man vorhabe, bis zum Tod zu kämpfen. Prof. Nichols erklärt, es sei ihr nicht bekannt, dass hierfür neben der betroffenen, beleidigten Person noch weitere Zeugen notwendig gewesen seien. Die traditionelle soziale Struktur mit ihren starken Familien- und Klanverbindungen sei beginnend in den Jahren von 1944 bis 1956 durch die Deportation der Kaukasier auseinandergebrochen und während der jüngsten Kriege und gewaltsamen Auseinandersetzungen weiter geschwächt worden. Früher sei es so gewesen, dass die Existenz der Familien und Klans mit der Bereitschaft, das Recht auszuführen und Blutrache auszuüben, als ein Abschreckungsmittel gegen Gewalt gewirkt hätte. Heute funktioniere dies nicht mehr so, und es sei wohl vorstellbar, dass Rache nun auch von gekränkten Einzelpersonen ohne Beratung durch Älteste ausgeführt werden könne:(...).

In einem älteren Artikel vom September 2003 schreibt die auf Berichterstattung zum Nordkaukasus spezialisierte Nichtregierungsorganisation Prague Watchdog, dass die Zahl der Blutfehden in Tschetschenien in den letzten zwei Jahrzehnten stark angestiegen sei. In früheren Jahren sei es nicht weniger ehrenhaft gewesen, seinem Gegner zu verzeihen als Rache an ihm auszuüben. Heutzutage seien nur sehr wenige Leute bereit zu vergeben. Sobald eine Person in einem Streit getötet werde und der Täter bekannt sei und wenn die Fakten des Streites gegen den Täter sprechen würden, würden die Mitglieder eines neutralen Teip (Klan) zur Familie des Täters gehen und ihr erklären, dass Blutrache ausgerufen worden sei. Ursprünglich sei nur an derjenigen Person Blutrache geübt worden, die den Tod eines Verwandten verursacht hätte. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts habe sich diese Regel geändert, und seitdem liege es in der Entscheidungsgewalt der verletzten Partei zu entscheiden, welcher der nächsten männlichen Verwandten des Täters im Zuge einer Rache getötet werden solle. Blutfehden hätten keine zeitliche Begrenzung.» Quelle: Austrian Centre for Country of Origin and Asylum Research and Documentation (ACCORD), a-7409-2 (ACC-RUS-7409-2), 21. Oktober 2010: www.ecoi.net/de/dokument/1165179.html.

ACCORD, Juli 2010:

«Inguschetien

*In einem Bericht des Menschenrechtskommissars des Europarates (Commissioner for Human Rights) vom November 2009 wird erwähnt, dass **Treffen zur Aussöhnung von Blutrachefehden unter der Schirmherrschaft des inguschetischen Präsidenten Jewkurow** stattgefunden hätten. Der Kommissar sei über 180 solcher Aussöhnungstreffen informiert worden (...). Nach einem Artikel der Informationsagentur Rosbalt vom Juli 2010 soll sich der **Präsident Inguschetiens** gegen die Blutrache ausgesprochen haben und dafür, dieser Tradition entgegenzuwirken. **Diese Tradition widerspreche dem Gesetz, so Jewkurow, doch sei der Moment noch nicht gekommen, da man ihr mit gesetzlichen Mitteln Einhalt gebieten könne, da die Blutrache noch immer einen stabilisierenden Faktor in der Region darstelle:** (...)*

Anfang Juli 2010 berichtet Rosbalt, dass die Summe für den Freikauf aus der Blutrache um das Fünffache gestiegen sei. Mufti Isa-chadschi Chamchoew, Oberhaupt der Muslime in Inguschetien, habe die Notwendigkeit der Erhöhung der Freikaufsumme mit der damit steigenden Verantwortlichkeit für das Handeln begründet. Da es schwerer werde, sich aus der Blutrache frei zu kaufen, sinke auch die Zahl der Unfälle und Morde in diesem Zusammenhang (...).

Caucasian Knot schreibt im März 2009, dass in der Legislaturperiode unter dem Präsidenten Inguschetiens, Junus-Bek Jewkurow, eine Aussöhnungskommission in 19 Fällen eine Beilegung der Blutfehden habe erreichen können. Die Aussöhnungskommission sei angegliedert an das Spirituelle Zentrum der Muslime in Inguschetien. Die Vertreter der Kommission würden jeweils mit beiden Konfliktparteien kommunizieren und sie im Namen Allahs aufrufen, zur Beilegung des Konfliktes zuzustimmen. Im Fall einer Aussöhnung, sehe es die Prozedur vor, dass die Konfliktparteien in Begleitung muslimischer Geistlicher im Haus des jeweils Anderen einander umarmen und offiziell vergeben (...).» Quelle: Austrian Centre for Country of Origin and Asylum Research and Documentation (ACCORD), a-7320 (ACC-RUS-7320), 28. Juli 2010: www.ecoi.net/de/dokument/1081937.html.

CACI, 2017:

*«On August 23, for first time in over a year, local authorities performed a counter-terrorist operation in the North Caucasus republic of Ingushetia. Local sources report that security forces killed three suspected Islamist militants, including the head of a local militant jama'at (community) during the operation. **The armed confrontation between local security forces and Islamist militants was the eight such incident since the beginning of 2017. The Ingush insurgency has been in steep decline over the past seven years. Therefore, this unexpected rise in conflict-related violence in Ingushetia is a worrying trend for local authorities, which have previously declared repeatedly that the Islamist insurgency in the republic is no longer active.** Ingush authorities introduced a counter-terrorist operation (CTO) regime in the Ingush village of Psedakh in Malgobek district on August 23, as Ingush security forces besieged three members of Malgobek jama'at in a house. Following an exchange of fire between militants and members of the security forces, a powerful explosion detonated from within the house destroyed the building, killing everyone inside. One of the deceased militants was identified as Bekhan Soltukhiyev, leader of the local Malgobek jama'at. Local law enforcement held Soltukhiyev responsible for organizing several attacks on Ingush security forces since the start of 2017, including the assassination of two members of the patrol police in April and firing a rocket-propelled grenade into Malgobek po-*

lice headquarters in March. Inside the militants' house, authorities recovered a large amount of explosives, alongside an arsenal of small arms. They also discovered sophisticated bomb-making equipment in the basement of the destroyed building. According to Ingush sources quoted by the Caucasus Knot, militants were planning to conduct a number of terrorist attacks across Ingushetia. A tipoff from outside the village warned security forces about the location of the militants, which prompted a large-scale CTO. However, as acknowledged by the head of Ingushetia, Yunus-bek Yevkurov in an interview to Interfax-Yug, village authorities must have known about the militants' activities and locals must have noted the presence of Islamists. However, the republic's security forces received no such information. Yevkurov called for an immediate investigation into the role of the local authorities in hosting militants in the village of Psedakh. Soon after the armed confrontation in Psedakh ended, the authorities lifted the CTO regime in the district. **IMPLICATIONS: A village of about 5,500 residents, Psedakh has been a hotbed of the local insurgency in Ingushetia's Malgobek district since the Islamist insurgency spread from neighboring Chechnya in the early 2000s. After the Ingush insurgency weakened and gradually declined during the 2010s, Malgobek district remained relatively quiet. This year, however, the situation began to change. Since the start of 2017, eight conflict-related incidents have been reported in Malgobek district, resulting in nine deaths. Keeping in mind that all of these incidents have occurred since early spring, 2017, this year promises to be one of the deadliest in Ingushetia.** Only 16 people died as a result from the Islamist insurgency in 2016, prompting local authorities to announce on several occasions that there were hardly any militants left in Ingushetia. **Indeed, since the capture of the founding father of the Ingush insurgency, Amir Magas (Ali Taziyev), in 2010, the Ingush Salafi militancy has been in decline. Security forces have effectively assassinated all insurgent leaders appointed after the imprisonment of Magas, while infiltration and desertions have weakened the Ingush Salafi resistance and limited its overall ability to sustain its activity.** Unlike their Dagestani and Chechen comrades, Ingush militants lacked a central chain of command, which prevented them from pledging allegiance to the terrorist organization known as the Islamic State in Iraq and Syria (ISIS), as well as from effectively collaborating with Salafi militants from neighboring republics. While several ISIS-related incidents and attacks have taken place in Dagestan and Chechnya since the rise of the caliphate in 2014, this has not been the case in Ingushetia. The outflow of Salafi youth to Syria further exacerbated the decline of the Ingush insurgency. As compared to Dagestani militants, Ingush jama'ats were rapidly losing the battle with pro-Russian security forces in the republic. This was evident from the decline in conflict-related casualties. For instance, the armed conflict claimed 21 fatalities in 2015 and 37 in 2014, as compared to 94 in 2013, 108 in 2012 and 167 in 2011. Aside from the events in August, the most recent CTO in Ingushetia took place in May 2016 in the capital, Nazran. There were no CTOs in 2015, and only one per year in 2014 and 2013 respectively. Compared with up to ten CTOs announced in Dagestan each year, Ingushetia seemed to become increasingly stable and peaceful. **The rise of militant activity in Ingushetia – as evidenced by the increased number of incidents and fatalities – appears to be a domestic phenomenon with little or no influence from outside the republic.** In contrast to earlier militant activity in neighboring Chechnya, which was inspired by ISIS online propaganda (see CACI Analyst 02/07/17), there is no evidence that Malgobek militants ever claimed to be part of the caliphate. Statements by Yevkurov as well as reports in local media suggest that the local population of Psedakh village supported the militants. With the exception of one slain member of Malgobek jama'at, who was a Chechen national, all other deceased militants were local residents, none of whom ever travelled to the Middle East. On the one hand, the domestic character of the insurgency should make it easier for the authorities to contain,

perhaps by managing to coopt the local population and to plant moles among insurgents, a strategy successfully implemented against previous waves of Ingush Islamists. On the other hand, the recent escalation of violence indicates that there is still a potential for local discontent and violent mobilization and that homegrown militant communities are far from extinct.» Quelle: The Central Asia-Caucasia Analyst (CACI), Huseyn Aliyev, Homegrown Insurgency is on the Rise in Ingushetia, 11. Oktober 2017: www.cacianalyst.org/publications/analytical-articles/item/13475-homegrown-insurgency-is-on-the-rise-in-ingushetia.html.

Caucasian Knot, Mai 2018:

«In Ingushetia, case of torture at police station brought to trial (...) In Ingushetia, an investigation into the case against seven agents of the Centre for Combating Extremism (CCE) of the Ministry of Internal Affairs (MIA), accused of the murder of detainee Magomed Daliev and the torture of other residents of the republic, has been completed. The greatest number of crimes is attributed to CCE's chief Timur Khamkhoev. Nine residents of Ingushetia and a citizen of Azerbaijan are recognized as victims in the case. The first court session is scheduled for May 18.» Quelle: Caucasian Knot, Week in the Caucasus: review of main events of May 7-13, 2018, 14. Mai 2018: www.eng.kavkaz-uzel.eu/articles/43174/.

Caucasian Knot, April 2018:

«Today, Yunus-Bek Evkurov has announced that Ingushetia has managed to eliminate the hotbeds of extremism. However, according to the calculations run by the "Caucasian Knot", in 2017, the number of victims to the conflict in the republic increased by more than a quarter. The leader of Ingushetia has voiced such a statement during the annual message to the members of the National Assembly. "By the level of crime reduction, the republic traditionally occupies the leading positions among the regions of the country. That fact indicates that Ingushetia is one of the safest regions in Russia. For example, the crime rate per 100,000 people was 334.3 (380.8) points. For Russia, the figure is four times higher, while for the North-Caucasian Federal District (NCFD), it is twice as high," said Yunus-Bek Evkurov as quoted by the today's report posted on the official website of the Republic of Ingushetia. According to the calculations run by the "Caucasian Knot" based on the data of own correspondents and information from other open sources, in 2017, in Ingushetia, at least 24 people fell victim to the armed conflict. This is by 26% higher than in the previous year. The number of armed incidents increased two-fold in comparison with 2016, while the number of terror acts decreased by 75%.» Quelle: Caucasian Knot, Ingush leader reports elimination of terrorism despite increase in number of victims, 9. April 2018: www.eng.kavkaz-uzel.eu/articles/42855/.

Caucasian Knot, Februar 2018:

«Relatives of nine residents of Ingushetia, sentenced to 5 to 19 years in prison within the case of the so-called "Ordjonikidze Jamaat", have treated the verdict as "lawlessness"; and the defence intends to appeal against it. On February 6, the North-Caucasian District Military Court sentenced nine residents of Ingushetia, accused of assisting militants of the "Ordjonikidze Jamaat", to long prison terms. Lechi Gadamauri, whom the court regarded as the head of the "Jamaat", was sentenced to 19 years of strict prison

regime with subsequent restriction of freedom for a year and three months and a fine of 250,000 roubles. Other figurants in the case – Johar Tsechoev, Ilez Tsechoev, Ilez Torchkhoev, Timur Matiev, Akroman Buzurtanov, Zelimkhan Amriev, Askhab Albakov and Bagaudin Opiev – received from 5 to 14 years of general security imprisonment. The defendants reacted to the verdict calmly, while their relatives, leaving the courtroom, treated it as "lawlessness." Only Albakov and Amriev have partially pled guilty; the rest of them have completely rejected their guilt. **Eight out of the nine defendants have stated that they had signed documents under torture; however, the initiation of a criminal case on their applications was denied. "The verdict is unjustified, too severe and even cruel," Magomed Gagiev, an advocate, told the "Caucasian Knot" correspondent. The Ingush rights defender Magomed Mutsolgov had earlier suggested that the "Ordjonikidze Jamaat" never existed.» Quelle: Caucasian Knot, Advocates treat verdict in case of "Ordjonikidze Jamaat" in Ingushetia as cruel, 6. Februar 2018: www.eng.kavkaz-uzel.eu/articles/42293/.**

Caucasian Knot, Januar 2018:

«In the evening on January 15, a resident of Ingushetia was killed in the village of Plievo. The murder could be motivated by revenge of relatives of a policeman killed as a result of a domestic conflict in Magas in 2016, a source in the security forces said. According to the preliminary information, the man was shot and killed in front of the shop "Original" in the Plievo village in the Nazran District. "He died while he was transported to a hospital," reported a source from the law enforcement bodies. According to the source, the Ingush police announced an interception plan to search for and detain criminals, the online newspaper "Ingushetia" reports. **The murdered man was presumably one of the participants in the armed conflict in Magas in July 2016, as a result of which several people were killed, including a policeman, reported a source from the law enforcement bodies. He suggested that the crime could be motivated by blood feud of relatives of the deceased policeman.»** Quelle: Caucasian Knot, Participant of conflict with policeman's murder shot dead in Ingushetia, 16. Januar 2018: www.eng.kavkaz-uzel.eu/articles/42096/.

Caucasian Knot, Dezember 2017a:

«Ruslan Ugurchiev, a resident of Ingushetia, accused of illegal storage of arms and ammunition, has complained of torture aimed to obtain his confession, the Human Rights Centre (HRC) "Memorial" reported. According to rights defenders, 37-year-old Ruslan Ugurchiev appealed to the HRC on December 19. **"Ruslan Ugurchiev was detained in Nazran on February 19. Armed law enforcers in masks broke into his house. They refused to introduce themselves or produce their IDs," the website of the HRC "Memorial" reports. According to the rights defenders, during the search, the law enforcers pulled a pistol from under a child's pillow. The law enforcers took Ruslan Ugurchiev and his eldest son away with them. "The law enforcers demanded from Ruslan Ugurchiev to confess to the possession of a pistol and a rucksack. He was threatened and beaten, but he refused," the HRC's report states. Besides, Ruslan Ugurchiev was "threatened with sexual violence and tortured with electric current." According to the HRC "Memorial", Ruslan Ugurchiev was repeatedly refused in institution of a criminal case of torture. On August 19, the court replaced the pre-trial restriction measure to him with recognizance not to leave.»** Quelle: Caucasian Knot, Resident of Ingushetia complains of torture after his detention, 26. Dezember 2017: www.eng.kavkaz-uzel.eu/articles/41896/.

Caucasian Knot, Dezember 2017b:

«The blood feud is a custom that had formed during the clannish social system as a universal means of defending the honour, dignity and property of the clan. It implies the duty of casualty's relatives to take revenge on the killer or his relatives. In recent months, several reasons have appeared to make sure – in Northern Caucasus, the blood feud is by no means a part of history; it continues acting as an actual social mechanism. Historically, for the nations of Northern Caucasus, the blood feud custom was an important regulator of social relations. Among the Vainakh nations (Chechens and Ingushes), the Dage-stani nations (Avars, Laks, Nogais, Kumyks and others), the blood feud custom was regulated by a set of customary laws – Adats.

The blood feud had no limitation period. There were cases when revenge was carried out 50 or 100 years later, even if the perpetrator of the murder and his close relatives had died. Therefore, the Caucasian nations still believe that it is better to resolve all issues related to blood feud as soon as possible, so that the descendants could live peacefully. When a feudist dies a natural death, without getting a revenge or forgiveness, his nearest relatives – a brother, a son or a grandson – get under the blow, and if there are none of them, then, other male relatives 9

Over time, especially with the change of social and economic conditions in Northern Caucasus, in late 19th-early 20th centuries, an understanding appeared that the blood feud, as a way to resolve conflicts, results only in an endless series of mutual murders and undermines the society from within. Therefore, with the aim of self-preservation, a number of ways to prevent murders were developed and replaced by fines.

For example, this option was adopted by almost all Dagestani Turkic nations: relatives of the killer paid a fine to the suffered party. The fine amount often depended on the influence and multiplicity of the killer's relatives. A similar practice was used by other Caucasian nations, namely by Ingushes. In their turn, Chechens, for the most part, rejected reconciliation by paying the "blood price", which was considered a great disgrace by them: "We don't trade the casualty's blood," they used to say in Chechnya. The Terek Nogais, living in close neighbourhood with Chechens, were perhaps the only nation of Dagestan, who also refused to accept fines as compensations for murders. **During the epoch of the Russian Empire, and in the Soviet time, authorities tried to counter the blood feud tradition, but failed to eradicate the custom completely.** For example, in the pre-revolutionary Russia, in Dagestan, an average of 600 people per year died because of the blood feud, or for other reasons rooted in the remains of the clannish system. The Soviet authorities drew public to counteracting the custom of blood feud: communists and Komsomol members formed district and village committees to combat the blood feud survivals. According to judicial statistics, in 1929, 118 blood feud murders were recorded in Dagestan; in 1930 – only 30, and in 1931 – 22 murders. However, even despite the cruel Soviet punitive laws (in 1931, an amendment was adopted to the USSR's Criminal Code, according to which blood feud killings were qualified as "state crimes", under Article 58, point 8, with application of the capital punishment – execution by killing 15; and later, Article 231 of the Criminal Code was adopted, which punished with up to two years in prison for refusal to reconcile 16), the authorities failed to achieve much success. In the late 1970s-early 1980s, blood feud was the main motive for 47% of bodily injuries and 70% of murders committed in large cities of Northern Caucasus..

Naima Neflyasheva, a Caucasus researcher, notes in her blog on the "Caucasian Knot" that it was from the second half of the 20th century that "the degradation of blood feud began – from the tradition that had its logic and self-regulation, it turned into a sort of lynching."

Today, the custom of blood feud is partly preserved in all the republics of Northern Caucasus. After the collapse of the Soviet Union – with the deterioration of the general criminal situation - the number of blood feud-based murders and injuries in the Caucasus even exceeded the pre-revolutionary level..(...)

On August 4, 2010, Ibragim Yevloev was killed in Ingushetia, neighbouring on Chechnya. He was the former deputy chief of the state security centre at the Ingush Ministry of Internal Affairs (MIA) and had earlier criminal record for negligent homicide of Magomed Yevloev, an owner of the opposition website "Ingushetia.ru". Investigators suggested the Ibragim Yevloev's murder could also be connected with blood feud. Besides, in his interview to the "Caucasian Knot", Ingush leader Yunus-Bek Evkurov mentioned he was aware of cases of blood feud against relatives of members of the armed underground. Like in Chechnya, "reconciliation commissions" are active to resolve conflicts in Ingushetia.»
Quelle: Caucasian Knot: Blood feud – how they kill now in the Caucasus, 26. Dezember 2017: www.eng.kavkaz-uzel.eu/articles/41995/.

Caucasian Knot, September 2017:

«Attacks on civilians (...) At night on September 9, unidentified people, where the father of Bekkhan Soltukiev, the leader of the Malgobek militant grouping, killed during a special operation carried out in the Psedakh village on August 23, lived. As a result of the shelling, no one was hurt, but windows in the house were shattered. The Ministry of Internal Affairs (MIA) believes that the crime could be motivated by blood feud.» Quelle: Caucasian Knot, On September 4-10, 2017, nine persons fell victim to armed conflict in Northern Caucasus, 11. September 2017: www.eng.kavkaz-uzel.eu/articles/40773/.

Caucasian Knot, August 2017:

«The court has sentenced seven residents of Ingushetia to long prison terms, finding them guilty of involvement in the armed underground. According to the verdict of the jury, Khabul Aushev has provided housing to members of the armed underground and kept their weapons, Rashid Aushev attempt on the life of a road-and-post (DPS) inspector in Karabulak, while Zyaudin Chaniev participated in shelling of policemen and triggered an explosive device, which killed a policeman and wounded another one. Today, the North-Caucasian District Military Court has sentenced Rashid Aushev to 19 years; Chaniev – to 20 years; Tsurov – to 17 years; Chibiev – to 18 years; Khashtyrov – to 15 years; and Tochiev – to 17 years – all of them will serve their terms in a high-security colony. Khabula Aushev was found as deserving indulgence, because of his small children, a non-working wife and positive characteristics. He was found guilty of complicity to members of the armed underground and sentenced to six years in a general-security colony. Relatives of Maskhud Chibiev assert that prior to detention he was summoned for questioning to the Ingush Centre for Combating Extremism of the Ministry of Internal Affairs (MIA), where, as relatives report, he was tortured and forced to denunciate himself.» Caucasian Knot, Seven Ingush residents convicted for attacking power agents, 25. August 2017: www.eng.kavkaz-uzel.eu/articles/40587/.

Caucasian Knot, Juli 2016:

«Magomed Aushev, a resident of the village of Surkhakhi, was detained on charges in a fabricated case and he was severely beaten after the detention. This was claimed by his

mother and his sister. Magomed Aushev, born in 1984, was detained on July 15. On July 19, his mother sent an appeal to the Ombudsman and to the Prosecutor of Ingushetia. In her appeal, the woman claimed the falsification of a case against her son. According to Aza Ausheva, her son "is accused of destroying the car belonging to Ibragim Belkharoev" (on May 4, the car was blown up near the house of Ibragim Belkharoev, a religious leader; according to the Ministry of Internal Affairs (MIA), the car was set on fire, note of the "Caucasian Knot"). **Aza Ausheva believes that Magomed is not involved in the incident and that law enforcers try to force him to incriminate himself. The woman believes that Magomed was beaten and tortured with electric current. After the court session, Magomed Aushev was brought to hospital. According to his mother, armed men broke into the physician's office and started to insult Magomed, but policemen took them out.** Aza Aushev asks the Ingush Prosecutor and Ombudsman to check the information and to protect her son. The court has taken Magomed Aushev in custody until August 15. According to Ramina, a Magomed's sister, she saw signs of torture on the body of her brother. Ramina fears that the situation will affect the health of their parents. According to an official from the Department of Criminal Cases of the Supreme Court of Ingushetia, the court has dismissed the defence motion to change the pre-trial restriction measure to house arrest. At present, the case is being investigated under Articles on illegal possession and manufacture of weapons.» Quelle: Caucasian Knot, Ingush resident being tortured, his relatives complain, 29. Juli 2016: www.eng.kavkaz-uzel.eu/articles/36391/.

Jamestown Foundation, 2018:

«Conflict in the North Caucasus has slowed significantly since 2014, and violence there has made few headlines, despite occasional significant events. **Nevertheless, insurgent attacks and counterterrorist operations have continued, including in some areas that have been peaceful for years. Total casualties resulting from violent conflict in 2017 were radically different from republic to republic in the North Caucasus.** The number of deaths resulting from armed conflict fell by 73 percent in Dagestan (Caucasian Knot, January 15), with a similar decrease in the number of conflict incidents. Kabardino-Balkaria saw a massive reduction: 93 percent fewer victims of armed conflict in 2017 than in 2016, with only a single dead militant and no security personnel among the casualties (Caucasian Knot, January 14). **Ingushetia, meanwhile, saw an increase of 26 percent in casualties from violence in 2017, with 10 violent incidents recorded that year compared to five in 2016** (Caucasian Knot, January 16). A major increase in violence was recorded in Chechnya, which saw an increase of 74 percent over the previous year (Caucasian Knot, January 15). The major increase in casualties in Chechnya suggests there is potential for greater violence in Ramzan Kadyrov's republic this year. Examining the course of events over the last five months provides some clarity on what to expect from the region.» Quelle: Jamestown Foundation, An Uncertain Year Ahead for the North Caucasus; Terrorism Monitor Volume: 16 Issue: 5, 9. März 2018: <https://jamestown.org/program/uncertain-year-ahead-north-caucasus/>.

Memorial, 2017:

«The necessity to provide a **propagandist justification for the actuality of the terrorist threat and the need to demonstrate results in the 'fight against international terrorism'**; the desire to suppress independent groups (not only religious ones) despite the illusiveness of their real threat to society and the corporate interests of law-enforcement bodies who strive to improve their performance on paper should be named as the main reasons for re-

*pressions against the Muslims whose names have been included on the list. Some cases, for instance, those of human rights campaigner Rustem Latypov and activist Linar Vakhitov, can also be prompted by the desire to discontinue lawful activity of the victims of persecution. (...) A few years ago, people accused of membership of Hizb ut-Tahrir that had been groundlessly recognized as a **terrorist organization in Russia, were charged under an Article of the Russian Criminal Code envisaging up to 3 years of imprisonment for participation in the activities of an extremist organization. Today, the toughening of legislation and law enforcement practices has led to the situation when, in most cases, such people are charged under the new Article of the Criminal Code 'Organization of the activities of a terrorist organization and participation in the activities of such organization', providing for a punishment up to life imprisonment, in conjunction with charges of preparation for a violent seizure of power, an Article providing for up to 10 years in prison. Terms of imprisonment imposed by the courts have also been lengthened.**»*

Quelle: Memorial, List of Individuals Recognized as Political Prisoners by the Human Rights Centre Memorial and Persecuted in connection with the Realization of their Right to Freedom of Religion as of 29 October 2017, 30. Oktober 2017
<https://memohrc.org/bulletins/list-individuals-recognized-political-prisoners-human-rights-centre-memorial-and-0>.

Open Democracy Russia, 2017:

*«Russia's anti-extremism centres are notorious for their brutal torture. Here are the stories of its victims in Ingushetia, where for the first time, some of the organisation's operatives face trial for their crimes. (...) **Timur Khamkhoyev, former head of Ingushetia's Centre for Combating Extremism ('Centre E'), and several of his subordinates are currently behind bars at Karabulak. They face charges of extorting and torturing people in detention. (...) Relatives of the victims of Ingushetia's Centre E say that they complained to Yevkurov about police brutality more than once, but he dismissed their concerns. Akhmed-Bashir Aushev claims that in 2014, he personally showed the head of Ingushetia photographs of Magomed Aushev, who then lay in hospital after a severe beating. (...)A criminal case on the death of Magomed Doliyev and the use of violence against his wife Maryem began almost immediately, in June 2016. However, the operatives of Centre E were initially treated only as witnesses. It was not until December that charges were brought against Timur Khamkhoyev, who was already in pre-trial detention accused of extortion, and Alikhan Bekov. This January saw charges against deputy director of Ingushetia's Centre E, Sergey Khandogin and director of Sunzha District's department for internal affairs Magomed Bekov. Andrey Beznosyuk, departmental head of Centre E, was finally charged in February. All these men are accused of exceeding their authority and using violence. All of them apart from Alikhan Bekov participated in the torture of Maryem Doliyeva. Alikhan Bekov who, according to the investigation, strangled Magomed Doliyev, is also accused of murder. None of the accused has admitted their guilt. In the words of the victims' relatives, these former employees of Centre E are bold and stick together, threatening to 'sort things out' when the charges against them are dropped. 'Even during questioning [by the investigators], they're smug and impertinent. They felt that they were strong, and above the law. Even now when the writing is on the wall, they still won't give up', says Maryem Doliyeva. At times her voice shudders. Her eyes well up with tears. Her brother says that the relatives of the accused offered money in exchange for refusing to testify in court, and 'sent the family elders' who said they were ready to swear on the Koran that their relatives didn't touch Maryem. 'They can do anything. They wouldn't think twice before telling bare-faced lies while swearing on the Koran', he in-***

sists.(...) Sergey Khandogin, who became Khamkhoyev's deputy in April 2016, had been transferred to Ingushetia from the odious Centre E branch in Nizhny Novgorod. After his detention, Khandogin was also confined to pre-trial detention, but the investigator also released him on house arrest. Khandogin subsequently went into hiding and was wanted for two months. **No charges were brought against Alisher Borotov, who gave the order for his Centre E colleagues to provide operational support for the robbery or Rosselkhozbank. Yet Doliyeva confirms that he was also present during her torture at the Sunzha District's department for internal affairs, and helped others to choke her with a plastic bag. Following the arrest of Timur Khamkhoyev, Borotov has even got a promotion — he is now Ingushetia's acting chief of police, thus deputy to the republic's new minister of internal affairs Dmitry Kava, whose predecessor Aleksandr Trofimov resigned after arrests began in Centre E. (...)**

'Over the course of several years, those at the higher echelons of Ingushetia's police have tortured their own citizens with utter impunity, and despite their obvious culpability, continued their criminal activities. There is no doubt that in a small republic like Ingushetia, such actions would have been impossible without the clear inaction of the Investigative Committee and a level of protection from the regional leadership', concludes Sabinin. He stresses that victims appealed to Yunus-Bek Yevkurov on several occasions, but the Ingush leader 'took no steps whatsoever to establish the identity of the perpetrators and bring them to justice'.

'Why the judgements of the Investigative Committee's investigative department are so selective remains unclear', notes the human rights defender. 'It still hasn't provided a legal assessment of the actions of Lieutenant Borotov, who was identified by Doliyeva as one of her torturers. Even more worrying was the decision of the supreme court of Ingushetia to release Sergey Khandogin under house arrest, despite the fact that the accused's name is still on a federal wanted list.'» Quelle: Open Democracy Russia, Inside Ingushetia's anti-extremism centre: torture, extortion, murder, 17. Juli 2017: www.opendemocracy.net/od-russia/yegor-skovoroda-sergei-smirnov/inside-ingushetia-anti-extremism-torture-extortion.

President of Russia, 2017:

«The Federal Law stipulates amendments to Article 2051 of the Criminal Code of the Russian Federation, whereby the maximum imprisonment term for influencing, recruiting or otherwise persuading an individual to commit at least one of a number of crimes considered terrorist shall be increased up to 15 years. It has been proposed to increase the maximum imprisonment term for these same acts committed by an individual occupying an official post to life imprisonment. The federal law criminalises terrorist propaganda by making corresponding amendments into Article 2052 of the Criminal Code of the Russian Federation. Additionally, this Federal Law provides for increasing the imprisonment term up to 20 years for the financing of an international terrorist act, or for actively inducing, recruiting or otherwise persuading an individual to commit an international terrorist act.» Quelle: President of Russia, Presidential Executive Office, Amendments to Criminal Code aimed at improving counter-terrorism measures, 29. Dezember 2017: <http://en.kremlin.ru/acts/news/56556>.

RFE/RL, Dezember 2017:

«Russian President Vladimir Putin has **signed into law a bill increasing penalties for the recruitment of extremists**, the latest measure to address what officials have described as a threat from militant fighters returning home from the Middle East. Official publication of the law on December 29 came two days after 14 people were injured in a bomb attack on a supermarket in St. Petersburg that Putin called an "act of terror." The Islamic State extremist group -- which Russia has targeted in Syria as part of its bombing campaign backing the government of Syrian President Bashar al-Assad since 2015 -- claimed responsibility for the attack on December 29.

Putin, who faces re-election in March, has stepped up warnings against extremists, declaring on December 28 that **they face being "liquidated on the spot" in Russia. The new law, approved by Russia's parliament earlier this month, stiffens the penalties for recruiting and financing extremists and disseminating "terrorist propaganda," including by raising the maximum sentence for recruitment and financing to life from 10 years.** Russian security officials have voiced concern about the possibility of extremist fighters returning home to Russia from the Middle East, where IS this year was ousted in a series of battles from most of the territory it once controlled in Iraq and Syria. The FSB recently estimated that the number of Russian fighters who joined IS and other extremist groups in the Middle East, North Africa, and elsewhere numbers over 4,500. Russia's FSB security service said two weeks ago it had broken up an IS cell planning a December 16 terror attack at an Orthodox cathedral which is a key tourist attraction in St. Petersburg.» Quelle: Radio Free Europe/Radio Liberty (RFE/RL), Putin Signs Law Increasing Penalties For Recruiting, Financing Extremists, 30. December 2017: www.rferl.org/a/putin-signs-law-increasing-penalties-recruiting-financing-extremists/28947052.html.

RFE/RL, März 2017:

«**Meanwhile, the police and security services still engage with impunity in the arbitrary detention, torture, and killing of anyone suspected of links with either the North Caucasus insurgency or, more recently, the extremist group Islamic State. An apparent recent victim was Magomed Daliyev, who died of torture hours after being taken into custody in July 2016 for questioning over a robbery at the bank where his wife worked.** (She too was subjected to torture.) Center to Counter Extremism head Timur Khamkhoyev and one of his deputies have been arrested in connection with Daliyev's death.» Quelle: RFE/RL, Liz Fuller, Caucasus Report (Blog), Ingush Public Figure Calls On Republic Head, Parliament To Resign, 2. März 2017: www.rferl.org/a/caucasus-report-ingushetia-deportation-anniversary-politics/28343409.html.

Russia Today, 2017:

«President Vladimir Putin has enacted legislation prescribing life sentences for terrorist recruiters as well as lengthy jail terms for those convicted on justification of terrorism.

Terrorist recruiters and contractors will now face severe punishments, ranging from at least eight years in prison along with heavy fines, to life imprisonment. Those found guilty of such crimes can be sentenced to life behind bars even if no one was killed as a result of their activities. Prior to the new legislation, the maximum penalty for such offenses was "only" 10 years of incarceration. Apart from introducing lengthier prison terms, the new law also ushered into the Russian legal system a new concept termed "terrorism propaganda." It stipulates that people can be punished for spreading "materials or information, which forms [the]

terrorist ideology of an individual.” It’s now also a crime to be a purveyor of terrorist ideas. Spreading terrorist propaganda will result in the same punishment set for “terrorism justification” and “public calls for terrorism,” which ranges from two to seven years in prison, depending on the platform used to spread the malicious material. Using the mass media to disseminate such caustic information, for example, would incur the heaviest penalty. The bill was drafted in July and approved by both chambers of the Russian parliament since then. The law took effect in the aftermath of the blast in St. Petersburg Wednesday, when a homemade shrapnel filled device went off in a supermarket, injuring 13 people. President Putin branded the blast a terrorist act, vowing to intensify the fight against extremists. He further urged law enforcement agencies to act decisively against suspected terrorists, especially those who violently resist arrest. **“I have instructed the director of the Federal Security Service... To act within the framework of the law during detention [of suspected terrorists.] But if there’s a threat to a police officer’s life and health, our officers need to act decisively, take no prisoners, kill the assailants on the spot,” Putin said.**» Quelle: Russia Today, Life imprisonment for terrorist recruiters: Putin greenlights tougher law on extremism, 29. Dezember 2017: www.rt.com/politics/414597-tougher-terrorism-law-putin/.

USCIRF, 2018:

«Vague and problematic definitions of “extremism” in Russian law give the authorities wide latitude to interfere in peaceful religious observance and persecute believers. Although many of these legal tools have existed for a decade, the Russian government has only recently begun to wield them in sustained campaigns designed to punish or exclude “non-traditional” religions and religious movements, sometimes in concert with the wishes of the Russian Orthodox Church, which functions as a de facto state church. However, the overly broad laws also give rise to a gamut of absurd and contradictory prohibitions and prosecutions that demonstrate the fundamental ambiguity of the government’s official definition of extremism. (...) **The main targets of Russia’s anti-extremism policies have typically been Muslims, ranging from fundamentalist groups like Hizb ut-Tahrir to the missionary movement Tabligh Jamaat** to readers of the texts of Turkish theologian Said Nursi. (...) Under the “anti-extremist” law, Russian authorities apply various measures to contain “religious extremists.” Sometimes used independently of each other, these measures include the prohibition of materials (books, videos, websites) on the grounds that they promote the superiority of one religion over others. This prohibition may be followed by fines for believers and organizations for distribution of (or even possession “with intent to distribute”) prohibited materials under the Code of Administrative Offenses (Article 20.29 CAO). Believers may be prosecuted for inciting religious hatred (Article 282 of the Criminal Code), followed by a warning to the religious organization about the impermissibility of extremist activities. Further, a religious organization may be subject to liquidation and prohibition for extremism, and its believers prosecuted for continuing the activities of the banned organization (Article 282.2 of the Criminal Code). Along with anti-extremist legislative instruments, a wide range of other measures has been used against religious organizations, including administrative punishments for violating legislation on religious associations, which, like anti-extremist legislation, is rapidly getting more stringent.(...) The **anti-terrorism legislative package of 2014 added to Articles 282.1 and 282.2 the criminal responsibility (subject to one to six years of imprisonment) for “inducing, recruiting or otherwise involving a person”** in the activities of an extremist organization or community. **Such expansive language criminalizes the actions of people who do not necessarily belong to these organizations or communities; it is not clear what should be regarded as “inducing to participate,” if the inducer is not a**

*member of a group in question. Obviously, the followers of the banned religious associations were the first to find themselves under attack (...). **Since 2012, a clear tendency in Russian legislation to keep introducing new measures aimed at suppressing religious dissent. Along with Russian civic and human rights organizations, numerous international institutions have expressed their concern about the Russian laws being inconsistent with the spirit of democratic legislation and about the consequences of their use.** Thus, in 2012, the Parliamentary Assembly of the Council of Europe adopted a resolution on the legal situation in Russia. The resolution contained recommendations to Russian leadership to make substantive changes to the laws adopted in 2012, which, in the opinion of the majority of Assembly members, were infringing on fundamental human rights and impeding the development of civil society in Russia.¹⁸ The Assembly advised the Russian government to pay close attention to the recommendations of the Venice Commission, which had previously published its opinion on the Federal Law "On Combating Extremist Activity" and formulated proposals for its reform. The Commission recommended a number of amendments to the federal law aimed at clarifying and changing the definition of extremism and related terms, and a number of procedures. The Commission pointed out that an overly broad and unclear definition of extremist activity, as well as arbitrary application of the law, gave rise to excessively severe restrictions on the fundamental rights and freedoms enshrined in the European Convention on Human Rights (in particular Articles 6, 9, 10 and 11) and violated the principles of legitimacy, necessity, and proportionality. In this regard, the Commission recommended that the Russian government bring its legislation in line with the European Convention on Human Rights and offered its assistance and support in this work. However, the Russian side has ignored these recommendations completely. The United Nations recommendations to states to repeal the laws on blasphemy, articulated in 2016, also had no effect on the Russian legislative norms related to "insulting the feelings of believers." At this time, we see no indications that the Russian authorities intend to deviate from their chosen political course with regard to religious organizations. (...) **Various Muslim groups and individual believers have been finding themselves under pressure from Russian anti-extremist legislation since the mid-2000s. These groups include adherents of Salafism, indiscriminately suspected of sympathy for terrorism by law enforcement, despite their diversity and the fact that many Salafi groups are peaceful.**» Quelle: US Commission on International Religious Freedom (USCIRF), *Inventing Extremists, The Impact of Russian Anti-Extremism Policies on Freedom of Religion or Belief*, 12. Februar 2018, S.1;3;6;7,9: www.ecoi.net/en/file/local/1426015/1788_1520347146_1202.pdf.*

USCIRF, 2017:

«In mainland Russia in 2016, new laws effectively criminalized all private religious speech not sanctioned by the state, the Jehovah's Witnesses stand on the verge of a nationwide ban, and innocent Muslims were tried on fabricated charges of terrorism and extremism. In the North Caucasus, particularly in Chechnya and Dagestan, security forces carried out arrests, kidnappings, and disappearances of persons suspected of any links to "non-traditional" Islam with impunity.» Quelle: US Commission on International Religious Freedom (USCIRF), *United States Commission on International Religious Freedom 2017 Annual Report; 2017 Country Reports, USCIRF Recommended Countries of Particular Concern (CPC):* Russia, 26. April 2017, S. 68: www.ecoi.net/en/file/local/1399570/5250_1494486731_russia-2017.pdf.

USDOS, 2018:

«The government failed to take adequate **steps to prosecute or punish most officials who committed abuses, resulting in a climate of impunity. Conflict in the North Caucasus between government forces, insurgents, Islamist militants, and criminals led to numerous abuses of human rights, including killings, torture, physical abuse, politically motivated abductions, and a general degradation in the rule of law.**(...) While the law prohibits arbitrary arrest and detention, **authorities engaged in arbitrary arrest and detention with impunity.** The law provides for the right of any person to challenge the lawfulness of his/her arrest or detention, but successful challenges were rare.

Role of the Police and Security Apparatus

The Ministry of Internal Affairs, the FSB, the Investigative Committee, the Office of the Prosecutor General, and the National Guard are responsible for law enforcement at all levels of government. **The FSB is responsible for security, counterintelligence, and counterterrorism** as well as for fighting organized crime and corruption. The national police force, under the Ministry of Internal Affairs, is organized into federal, regional, and local directorates. In 2016 President Putin established the Russian Federal National Guard Service under the direct control of the president. **The National Guard secures borders alongside the Border Guard and the FSB, administers gun control, combats terrorism** and organized crime, protects public order, and guards important state facilities. The National Guard also participates in armed defense of the country's territory in coordination with Ministry of Defense forces.

Civilian authorities maintained effective control over security forces. While mechanisms to investigate abuses existed, the **government generally did not investigate and punish rights abuses by law enforcement officers, and impunity was widespread.**(...)

The law provides for the **right to a fair and public trial, but executive interference with the judiciary and judicial corruption undermined this right.**

The defendant has a legal presumption of innocence and the right to a fair, timely, and public trial, **but these rights were not always respected.**(...) There were **credible reports of political prisoners in the country and that authorities detained and prosecuted individuals for political reasons. Charges commonly applied to reported political prisoners included "terrorism," "extremism," "separatism," and "espionage."** There were also reports **political prisoners were placed in particularly harsh conditions of confinement and subjected to other punitive treatment within the prison system, such as solitary confinement or punitive stays in psychiatric units.** (...)

While the law previously prohibited government monitoring of correspondence, telephone conversations, and other means of communication without a warrant, these legal protections were significantly weakened by the **"Yarovaya package" of amendments to antiterrorism laws that came into effect in July 2016. The "Yarovaya" amendments grant authorities sweeping powers and require telecommunications providers to store all electronic and telecommunication data, including telephone calls, text messages, images, and videos, for six months and to make them available to the security services upon request. Metadata on all communications must be stored for three years and be provided to law enforcement authorities upon request. The telecommunications provisions were scheduled**

to come into effect in July 2018. NGOs, human rights activists, and journalists alleged that authorities routinely employed surveillance and other active measures to spy on and intimidate citizens.

(...) **Violence continued in some North Caucasus republics, driven by jihadist movements, interethnic conflict, personal and clan-based vendettas, and excesses by security forces.** According to statistics compiled by the Caucasian Knot, the total number of deaths and injuries during the year resulting from armed the conflict decreased to 173 (125 deaths, 48 injured) from 280 (198 deaths, 82 injured) in 2016 across the North Caucasus. Dagestan remained the most violent area in the North Caucasus, accounting for approximately 32 percent of all casualties in the region during the year, although according to the Caucasian Knot, the overall number of casualties in Dagestan decreased by 73 percent. Local media described the level of violence in Dagestan as the result of Islamic militant insurgency tactics dating back to the Chechen conflict as well as of the high level of organized crime in the region. Chechnya was a close second, accounting for 25 percent of all casualties in the region.

Killings: The Caucasian Knot reported that at least 125 deaths in the North Caucasus resulted from armed conflicts in the region. With 46 and 35 deaths from armed conflict through December 2017, Dagestan and Chechnya, respectively, were the most deadly regions. Of the deaths in Chechnya, 18 were militants, five were civilians, and 12 were law enforcement officers. The independent newspaper Novaya Gazeta alleged in a July report that between 27 and 56 individuals detained as a result of counterterrorism operations were summarily executed by Chechen law enforcement authorities, although the government denied the allegations and remains of those allegedly executed were not produced. Of the deaths in Dagestan, 35 were militants, five were civilians, and six were law enforcement officers.

There continued to be reports that use of indiscriminate force by security forces resulted in numerous deaths or disappearances and that authorities did not prosecute the perpetrators.

(...) **Physical Abuse, Punishment, and Torture: Armed forces and police units reportedly abused and tortured both militants and civilians in holding facilities»** Quelle: US Department of State (USDOS), Country Report on Human Rights Practices 2017 - Russia, 20. April 2018: www.state.gov/j/drl/rls/hrrpt/2017/eur/277211.htm.

USDOS, 2017:

«Russia has a comprehensive counterterrorism legal framework that includes the provisions of the Criminal Code and various federal laws including, “On Countering Terrorism,” “On Money Laundering and Terrorist financing,” “On Countering Extremist Activity,” “On Security on Transport,” and “On Security in the Fuel and Energy Complex.” Throughout 2016, however, the Russian government continued to use its “anti-extremism” legislation to prosecute peaceful individuals and organizations, including the political opposition, independent media, and certain religious minorities. In July 2016, Russia adopted the so-called “Yarovaya Package” of amendments, which grants authorities broad additional powers, ostensibly to counter terrorism and extremism. It criminalizes acts such as failing to report terrorist-related crimes and justifying terror-

ism on social media and requires telecommunications companies to retain data to aid future law enforcement investigations. While the law's stated purpose is to help counter extremism, almost all of the applications observed in 2016 targeted the unsanctioned religious activities of minority Christian denominations. A law in the Chechen Republic requires relatives of terrorists to pay the cost of damages caused by an attack, which human rights advocates criticized as collective punishment. The Memorial Human Rights Center reported that Chechen Republic authorities upheld the principle of collective responsibility in punishing the relatives of alleged members of illegal armed groups. The Memorial Human Rights Center and Caucasian Knot reported that, following an armed attack by two militants on a checkpoint in the village of Alkhan-Kala in Grozny's rural district in May, the homes of the attackers' families were set on fire. **Russia maintains several large, professional, and relatively well-funded security services that are focused on countering terrorism. The FSB is the primary agency responsible for domestic counterterrorism activities, but the Ministry of Interior (MVD) and newly created National Guard also play a role. The National Guard force was formed with troops from MVD and other armed personnel in April, and is officially charged with combating terrorism, extremism, and helping to secure Russia's borders. Some political commentators, however, have speculated it is intended to protect against domestic unrest.** In October, a presidential decree stipulated that the National Guard will maintain the national fingerprint database. The FSB International Cooperation Directorate, through a joint relationship with the National Antiterrorism Committee (NAC), has developed the "International Counterterrorism Database," which holds both an unclassified and a restricted section. The FSB exclusively maintains and controls this database – which it promotes as the only international database that adheres to UN Security Council resolution 2178 – but it has invited international intelligence and law enforcement agencies to contribute information on events, subjects, organizations, and methods.» Quelle: US Department of State (USDOS), Country Report on Terrorism 2016 - Chapter 2 - Russia, 19. Juli 2017: www.ecoi.net/en/document/1404718.html.

Rossija 24, Februar 2018:

«У селения Сурхахи в Назрановском района Ингушетии произошло боестолкновение с участниками незаконных вооруженных формирований. Как сообщает ТАСС со ссылкой на Национальный антитеррористический комитет (НАК), в республике проводится контртеррористическая операция, в ходе которой уже нейтрализованы двое боевиков. Потерь среди силовиков нет. Информации о пострадавших среди населения не поступало.

По данным источника в правоохранительных органах Северо-Кавказского федерального округ, на территории Назрановского района Ингушетии введены оперативные планы "Вулкан" и "Перехват".

Между тем, как передает РИА Новости со ссылкой на информацию Национального антитеррористического комитета, один из уничтоженных бандитов находился в федеральном розыске в связи с участием в боевых действиях на стороне ИГ (запрещена в РФ).

Кроме того, продолжили в НАК, на месте боестолкновения в Ингушетии обнаружены два автомата, два готовых к применению самодельных взрывных устройства в виде "пояса смертника", компоненты для изготовления самодельных взрывных устройств,

боеприпасы, гранаты и специальное снаряжение. Самодельные взрывные устройства уничтожили специалисты-взрывотехники ФСБ "в связи с опасностью их транспортировки", добавили в НАК.» Quelle: Rossija 24, КТО в Ингушетии: убиты игиловец и его поделец, найдены пояса смертника, 10. Februar 2018: www.vesti.ru/doc.html?id=2986250.